



HESSISCHER LANDTAG

20. 06. 2023

Plenum

Antrag

Fraktion DIE LINKE

Wer nicht ausbildet, wird „umgelegt“: Duale Ausbildung stärken, Ausbildungsumlage einführen

Der Landtag wolle beschließen :

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die duale berufliche Ausbildung ist ein Erfolgsmodell. Sie eröffnet für tausende junge Menschen in Hessen eine sichere Zukunft und unterstützt wesentlich die gesellschaftliche und wirtschaftliche Stabilität unseres Landes. Der Hessische Landtag bekennt sich zur dualen beruflichen Ausbildung und strebt an, diese weiter zu stärken und ihre gesellschaftliche Bedeutung wieder zu erhöhen.
2. Der Weg für die zumeist jungen Menschen in die Ausbildung ihrer Wahl ist aber oft nicht geradlinig. Nicht alle junge Menschen finden sich im vielfältigen System der dualen Ausbildung zurecht, nicht wenige brauchen Unterstützung auf dem Weg in und auch während einer Ausbildung. Der Hessische Landtag will sicherstellen, dass jeder Mensch die Chance und die Möglichkeit hat, eine berufliche Ausbildung zu absolvieren und die dafür notwendige Begleitung zu erhalten.
3. Dazu müssen gerade kleinere Betriebe passgenaue Unterstützungen erhalten, um Berufsausbildungen anbieten zu können und auch jungen Menschen diesen Weg zu eröffnen, die mehr Unterstützung benötigen. Auf der anderen Seite bilden gerade große Unternehmen unterdurchschnittlich und oft unter dem eigenen Bedarf aus. Sie wollen wir stärker in die Verantwortung nehmen.
4. Der Hessische Landtag betont, dass es neben der eigentlichen Ausbildung im Betrieb und in modernen Berufsschulen auch ein soziales Umfeld braucht, welches jungen Menschen einen Rahmen gibt, um erfolgreich eine Ausbildung zu absolvieren.

II. Der Landtag fordert vor diesem Hintergrund die Landesregierung auf,

1. mit einer Ausbildungsgarantie sicherzustellen, dass jeder junge Mensch in Hessen einen guten Start in das Berufsleben findet.
2. mittels einer Stärkung der Jugendberufshilfe dafür zu sorgen, dass insbesondere benachteiligte Jugendliche erfolgreich eine Berufsausbildung abschließen können. Dafür ist es unter anderem notwendig,
 - a) die Berufsorientierung und Ausbildungsvorbereitung an den hessischen Schulen massiv auszubauen,
 - b) ein flächendeckendes Monitoring-System für alle Schulabgängerinnen und -abgänger in Hessen einzuführen,
 - c) so genannte „abgetauchte“ Jugendliche durch aufsuchende Sozialarbeit zu unterstützen sowie
 - d) Jugendberufsagenturen, Produktionsschulen und außerbetriebliche Ausbildungsplätze hessenweit auszubauen.

3. eine Ausbildungsumlage nach dem Bremer Modell in Hessen einzuführen. Im Mittelpunkt des Konzepts steht ein allgemeiner Ausbildungsfonds der von Unternehmen je nach Größe und Mitarbeitendenzahl gespeist wird und aus dem alle ausbildenden Betriebe im Gegenzug Unterstützungsleistungen erhalten.

Neben der reinen Rückzahlung an die Unternehmen mit Ausbildungsplätzen können auch andere Maßnahmen aus dem Fonds bezahlt werden, die mit der Ausbildung in Verbindung stehen und die Ausbildungssituation verbessern. Hierzu gehören insbesondere Maßnahmen der beruflichen Orientierung, Verbesserungen an den Berufsschulen und außerbetrieblichen Ausbildungsstätten, Azubi-Wohnheime oder vergünstigte Mobilitätsangebote.

4. sich für eine Mindestausbildungsvergütung auf Bundesebene einzusetzen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 20. Juni 2023

Die Fraktionsvorsitzende:
Elisabeth Kula